

Gemeinde Südlohn

Niederschrift über die Sitzung

Gremium: Rat
vom: 27.08.2014

10. Sitzungsperiode / 02. Sitzung

Ort: Großer Sitzungssaal
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 22:48 Uhr

Anwesenheit:

I. Mitglieder:

1. Bürgermeister Herr Christian Vedder
2. Frau Maria Bone-Hedwig
3. Herr Robert Bratus
4. Herr Frank Engbers
5. Herr Hermann-Josef Frieling
6. Herr Heinrich Icking
7. Herr Alois Kahmen
8. Frau Elisabeth Nienhaus
9. Herr Günter Osterholt
10. Herr Andreas Peek
11. Herr Ingo Plewa
12. Herr Michael Schichel
13. Frau Christel Sicking
14. Herr Jörg Battefeld
15. Herr Günter Bergup
16. Frau Karin Schmittmann
17. Herr Ludger Rotz
18. Herr Klemens Lüdiger
19. Herr Hans Brüning
20. Frau Rita Penno
21. Frau Barbara Seidensticker-Beining
22. Herr Rolf Stödtke
23. Herr Jörg Schlechter
24. Herr Maik van de Sand

Vertreter/in für:

(ab I.5)

(bis I.11 einschl.)

II. Entschuldigt:

1. Herr Wilhelm Hövel
2. Herr Karlheinz Lüdiger
3. Herr Josef Schleif

III. Verwaltung:

1. AL 20 - Martin Wilmers
2. AL 60 - Dirk Vahlmann
3. Schriftführerin Eva Mensing

IV. Gäste

1. Herr Bernd Oing, Vorstand SOMIT e.V. zu TOP I.11
2. Frau Rita Wehr, Vorstand SOMIT e.V.

Der **Vorsitzende** (BM) stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht, so dass diese festgestellt wird.

Der **Bürgermeister** führt die Ratsmitglieder Frau Bone-Hedwig und Herr Battefeld in ihr Amt ein. Er verpflichtet sie, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und ihre Pflichten zum Wohle der Gemeinde zu erfüllen.

Durch Handschlag und Unterschrift bestätigen sie anschließend, dass sie gewillt sind, diese Verpflichtung einzugehen.

Über die jeweilige Verpflichtung wird eine besondere Niederschrift angefertigt.

I. Öffentlicher Teil:

TOP 1.: Anerkennung der Niederschrift der letzten Sitzung

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 25.06.2014 wurde nicht erhoben. Sie ist damit anerkannt.

Beschluss: -/-

TOP 2.: Einwohnerfragestunde

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Zur Sitzung sind keine Einwohnerfragen eingegangen.

Beschluss: -/-

TOP 3.: Monatsbericht zur Entwicklung der gemeindlichen Finanzen

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Der Kämmerer **Herr Wilmers** gibt einen Überblick über die Verschuldungssituation der Gemeinde Südlohn und ihrer Betriebe und einen Ausblick zum GFG 2015 ab.

Beschluss: -/-

TOP 4.: Geschäfts- und Lagebericht des Grundstücks- und Immobilienbetriebes für das Wirtschaftsjahr 2013

Sitzungsvorlage-Nr.: 108/2014

Der **Vorsitzende des Betriebsausschusses, RM Osterholt**, berichtet von der Beratung in der Sitzung am 20.08.2014, an dem auch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Concunia GmbH in Münster teilgenommen und die wirtschaftliche Situation des Betriebes erläutert hat.

Der Betriebsausschuss hat dem Gemeinderat empfohlen, den nachfolgenden Beschluss zu fassen.

Beschluss: **22 Ja-Stimmen**
1 Enthaltung

Der Gemeinderat beschließt:

1. Der Jahresabschluss des Grundstücks- und Immobilienbetriebes der Gemeinde Südlohn zum 31.12.2013 wird mit den im Geschäftsbericht ausgewiesenen Zahlen festgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2013 schließt mit einem Jahresverlust ab.
2. Der im Geschäftsbericht 2013 entstandene Verlust in Höhe von 1.198.623,62 EUR wird der Allgemeinen Rücklage entnommen.
3. Dem Betriebsausschuss wird für das Wirtschaftsjahr 2013 vorbehaltlos Entlastung erteilt.

TOP 5.: Geschäfts- und Lagebericht des Kultur- und Freizeitbetriebes für das Wirtschaftsjahr 2013

Sitzungsvorlage-Nr.: 109/2014

Der **Vorsitzende des Betriebsausschusses, RM Osterholt**, berichtet von der Beratung in der Sitzung am 20.08.2014, an dem auch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Concunia GmbH in Münster teilgenommen und die wirtschaftliche Situation des Betriebes erläutert hat.

Der Betriebsausschuss hat dem Gemeinderat empfohlen, den nachfolgenden Beschluss zu fassen.

Beschluss: **Einstimmig**

Der Gemeinderat beschließt:

1. Der Jahresabschluss des Kultur- und Freizeitbetriebes der Gemeinde Südlohn zum 31.12.2013 wird mit den im Geschäftsbericht ausgewiesenen Zahlen festgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2013 schließt mit einem Jahresüberschuss ab.
2. Der im Geschäftsbericht 2013 entstandene Überschuss in Höhe von 19.381,41 EUR wird der Allgemeinen Rücklage zugeführt.
3. Dem Betriebsausschuss wird für das Wirtschaftsjahr 2013 vorbehaltlos Entlastung erteilt.

TOP 6.: Jahresabschluss für das Jahr 2013

Sitzungsvorlage-Nr.: 110/2014

Beschluss: **Einstimmig**

Der Rat nimmt den Entwurf des Jahresabschlusses 2013 zur Kenntnis und leitet ihn zur weiteren Beratung an den Rechnungsprüfungsausschuss weiter. Der Ausschuss hat dem Rat einen Prüfungsbericht vorzulegen, damit über die Feststellung des Jahresabschlusses sowie über die Entlastung des Bürgermeisters und die Verwendung des Jahresüberschusses entschieden werden kann.

TOP 7.: Gesamtabschluss für das Jahr 2013

Sitzungsvorlage-Nr.: 102/2014

Beschluss: **Einstimmig**

Der Rat nimmt den Entwurf des Gesamtabchlusses 2013 zur Kenntnis und leitet ihn zur weiteren Beratung an den Rechnungsprüfungsausschuss weiter. Der Ausschuss hat dem Rat einen Prüfungsbericht vorzulegen, damit über die Feststellung des Gesamtabchlusses 2013 sowie über die Entlastung des Bürgermeisters und die Verwendung des Jahresüberschusses entschieden werden kann.

11. Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, Köln

Beschluss (11): **Kenntnisnahme**

12. Landesbetrieb Wald und Holz NRW, Regionalforstamt Münsterland, Münster

Beschluss (12): **Kenntnisnahme**

13. IHK Nord-Westfalen, Bocholt

Beschluss (13): **Kenntnisnahme**

14. Westnetz GmbH, Bad Bentheim

Beschluss (14): **Kenntnisnahme**

15. Kreis Borken, 66.1 – Raumplanung, Landschaft, Wasserwirtschaft und Abgrabungen,
FB Umwelt u. Natur

Beschluss (15): **Kenntnisnahme**

16. Kreis Borken, Abfall und Bodenschutz

Beschluss (16): **Kenntnisnahme**

2. Satzungsbeschluss:

Beschluss: **Einstimmig**

1. Der Rat der Gemeinde Südlohn beschließt den Bebauungsplan Nr. 52 „Lohner Straße / Fünfhausen“ im Ortsteil Südlohn gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung
2. Der Satzungsbeschluss ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB öffentlich bekannt zu machen.

TOP 9.: Anregungen nach § 24 GO

9.1.: Antrag der Nachbarschaft Horst / Venn vom 20.07.2014 auf Einschränkung der Geschwindigkeit auf der K 14

Sitzungsvorlage-Nr.: 103/2014

Der **BM** teilt mit, dass der Antrag an den Kreis weitergeleitet wurde und Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt werden.

Bereits nach einer vorherigen Verkehrsschau wurden Messungen durchgeführt. Bei einer nachteiligen Abweichung von den Ergebnissen jener Messung stellt der Kreis Borken die Anordnung einer Geschwindigkeitsbeschränkung nach erneuter Prüfung des Falles in Aussicht.

Die **CDU-Fraktion** zeigt Verständnis und unterstützt den Antrag der Nachbarschaft Horst / Venn. Eine höhere Frequentierung jetzt als Bundesstraße sei gegeben und die Gefahr wurde seinerzeit schon erkannt. Aus diesem Grunde hält die Fraktion weitere Messungen für nicht erforderlich.

Die **UWG-Fraktion** stimmt der **CDU-Fraktion** zu und regt eine sofortige Beschilderung zur Geschwindigkeitsreduzierung an, denn schließlich ginge es um die Bewohner.

Beschluss:

Einstimmig

Der Antrag der Anlieger der Bauerschaft Venn auf Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h auf 70 km/h ab dem Kurvenbereich der K 14 des Anwesens Fischer, Venn 2, wird unterstützt. Er ist unverzüglich befürwortend den zuständigen Fachbehörden zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.

9.2.: Antrag der Nachbarschaft Beckedahl vom 25.07.2014 auf Beibehaltung der Verbindung für Kfz-Verkehr von der Rosenstraße zur L 572

Sitzungsvorlage-Nr.: 104/2014

Der **BM** liest die Stellungnahme des Landesbetriebes Straßen NRW vor. Der Antrag wurde straßenrechtlich geprüft mit dem Ergebnis, dass dem Antrag der Anlieger aus Gründen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs nicht zugestimmt werden kann. Bei der L 572 (ehemalige B 70) handelt es sich um eine stark belastete Landesstraße. Als Baulastträger der Landesstraße ist der Landesbetrieb gehalten, die freien Strecken von Bundes- und Landesstraßen soweit wie möglich von neuen Anbindungen freizuhalten. Jede neue Einmündung bzw. Kreuzung hat unmittelbare Auswirkungen auf die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der Landesstraße.

Im Bebauungsplan ist rechtskräftig festgesetzt, die Rosenstraße nicht an die Landesstraße anzubinden. Des Weiteren sieht der Bebauungsplan auch keine rad- und fußläufige Verbindung vor. Von Seiten des Landesbetriebes wird einer rad- und fußläufigen Verbindung zugestimmt, wenn der Einmündungsbereich der Rosenstraße so gestaltet wird, dass lediglich eine 1,60 m breite rad- und fußläufige Verbindung zum Wohngebiet verbleibt. Der Landesbetrieb Straßen NRW bittet, auf einer Länge von 15 m gemessen vom Fahrbahnrand der Landstraße 572 den Einmündungsbereich auf 4 m zurückzubauen, so dass er den Charakter einer Zufahrt bekomme.

Hierzu wird seitens der Verwaltung dargestellt, dass seinerzeit eine Ampelanlage im Beckedahl gebaut wurde vor dem Hintergrund, über diese sicher auf die Landesstraße zu kommen. Im Falle einer Zuwegung würde die Bedeutung der Ampelanlage schwinden, so der Landesbetrieb.

Geplant sei ein Wendehammer nach dem Bebauungsplan. Die bisherige Durchfahrtmöglichkeit wurde lediglich bis zum Endausbau geduldet.

Die **UWG-Fraktion** kann die Begründung des Landesbetriebes Straßen nicht nachvollziehen.

Herr Vahlmann teilt hierzu mit, dass das Hauptargument hierbei die Verkehrsbelastung und die Verkehrssicherheit sei.

Beschluss:

Kenntnisnahme

TOP 10.: Stellungnahme zum Abfallwirtschaftsplan

Sitzungsvorlage-Nr.: 105/2014

Die **SPD-Fraktion** schließt sich der Beschlussempfehlung an. Auch die **CDU-Fraktion** unterstützt die Ausführungen der Verwaltung, interkommunal vorzugehen unter der Führung der Kreisverwaltung. Auf Nachfrage wird von der Verwaltung mitgeteilt, dass eine Einführung der „gelben Tonne“ nicht erfolgt. Weiter wird auf Nachfrage mit der **UWG-Fraktion** mitgeteilt, dass ein neues Konzept für die Sperrmüllabfuhr erarbeitet und anschl. dem Rat vorgestellt wird. Mit dem Entsorger wurde bereits Kontakt aufgenommen. Hierbei wird es eine Anforderungskarte geben; die Bürgerinnen und Bürger melden Bedarf an und teilen mit, wie sich das Sperrgut zusammensetzt. Diese Termine stehen nicht im Abfallkalender. Zu beachten ist, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht zusätzlich mit Kosten belastet werden.

Beschluss:

Einstimmig

Die Gemeinde Südlohn nimmt zum Entwurf des Abfallwirtschaftsplanes NRW (Teilplan Siedlungsabfälle) wie folgt Stellung:

Die Gemeinde Südlohn schließt sich der Stellungnahme des Kreises Borken zum Entwurf des Abfallwirtschaftsplanes NRW für Siedlungsabfälle an. Insbesondere teilt sie die vom Kreis Borken aufgestellten Anforderungen an die Ausgestaltung dieses Planes und die Anregung, bei der Neuordnung der Verwertung von Verkaufsverpackungen die Verantwortung durch das Wertstoffgesetz in kommunale Hände zurückzuführen.

Der Kreis Borken beachtet die im Abfallwirtschaftsplan vorgegebenen Ziele (Entsorgungssicherheit, sozialverträgliche Gebührenstabilität, Umsetzung der 5-stufigen Entsorgungshierarchie, regionale Entsorgungsautarkie/Prinzip der Nähe, Förderung und Vorrang von interkommunalen Kooperationen und Intensivierung der Bioabfallbehandlung) schon seit Jahren. So haben z.B. die Gemeinden des Kreises die frühe Einführung und Weiterentwicklung der getrennten Bioabfallerfassung aus ökologischen Gründen befürwortet, auch wenn dies mit einem erhöhten Aufwand und steigenden Gebühren für die Bürger verbunden war.

Die durch Gesetzänderungen mit verursachten Auslastungsprobleme der Anlagen konnte der Kreis Borken weitgehend durch vertragliche Kooperationen mit dem Emscher-Lippe-Raum zur thermischen Verwertung von Sortierresten und mit Dortmund und Recklinghausen zur Behandlung biogener Abfälle in den Anlagen des Kreises Borken abfangen. Hierdurch werden vorhandene Entsorgungskapazitäten so genutzt, dass die Gebühren für die Bürger sozialverträglich gehalten werden können.

Der vorgesehene Kapazitätsabbau bei den MVA wird die Bürger des Kreises Borken erneut belasten. Es ist nicht einzusehen, dass Kommunen, die bereits in der Vergangenheit die Maßnahmen der AWP's umgesetzt und finanziell getragen haben, durch den neuen AWP nochmals belastet werden.

Die Bildung der geplanten Entsorgungsregionen wird für die Bürger der Gemeinde Südlohn zusätzliche ökologische und ökonomische Belastungen mit sich bringen und wird daher nicht befürwortet. Das geforderte Prinzip der Nähe lässt sich durch die Bildung von Entsorgungsregionen nicht erreichen. Vorhandene Kooperationen mit kommunalen Aufgabenträgern, die sich nicht im Bereich der jetzt geplanten Region „Westfalen“ befinden, müssen in ihrem Bestand geschützt werden.

Die angedachte räumliche Beschränkung benachteiligt die Kommunen, die sich am Rande einer Entsorgungsregion befinden. Kooperationen über diese Grenze hinweg entsprechen für den Kreis Borken eher dem Prinzip der räumlichen Nähe, als Kooperationen mit kommunalen Aufgabenträgern im östlichen Bereich der Region Westfalen. Daher unterstützt die Gemeinde Südlohn die Forderung des Kreises, dass die Bildung interkommunaler Kooperationen Vorrang vor der Regionenbildung haben muss.

Durch die geplante Intensivierung der Bioabfallerfassung werden Bio- und Grünabfallkompostmengen steigen. Hier dürfen die Absatzmöglichkeiten für Kompostprodukte nicht durch gesetzliche Regelungen eingeschränkt werden. Es sind Konzepte aufzuzeigen, wie der Absatz dieser Mehrmengen geleistet werden soll.

Ein großes Problem der kommunalen Abfallentsorgung stellt nach wie vor der Wegfall der Gewerbe- und Industrieabfälle und die damit einhergehende fehlende Auslastung der auf diesen Mengen konzipierten Anlagen dar. Hierzu besteht dringender Regelungsbedarf.

TOP 11.: SOMIT: Sachstand und Perspektive

Sitzungsvorlage-Nr.: 111/2014

Zu diesem TOP wurden der 1. Vorsitzende, **Herr Oing** und die 2. Vorsitzende, **Frau Wehr** vom Vorstand des SOMIT e.V. eingeladen, um zu berichten und etwaige Fragen zu beantworten.

Herr Oing signalisiert, dass der SOMIT e.V. eine schnelle Entscheidung möchte. Im Übrigen erläutert er die vom Verein vorgelegten, schriftlichen Ausführungen, die allen Ratsmitgliedern vorliegen.

Der **BM** schlägt vor, in der nächsten Ratssitzung am 22. Oktober über die Angelegenheit zu beraten und zu beschließen, um dem SOMIT e.V. ein Signal zu setzen auch im Bezug auf die Haushaltsvorbereitungen.

Die **Grüne Fraktion** schlägt vor, aufgrund der späten Eingabe der Unterlagen zu diesem Thema eventuell in der Sondersitzung des Rates am 24.09.2014 hierüber zu beraten und zu beschließen.

RM Brüning (SPD-Fraktion) schlägt vor, dass ein neues Büro im Rathaus für den SOMIT e.V. eingerichtet wird und beide Mitarbeiterinnen von der Gemeinde übernommen werden.

Die **CDU-Fraktion** merkt an, dass das Engagement der Gewerbetreibenden auch in Bezug auf Gemeindemarketing unter deren finanzieller Beteiligung unabdingbar sei. Die Politik müsse entscheiden, welche Wege eingeschlagen werden. Eine Abstimmung solle in der Sondersitzung am 24.09.2014 erfolgen. Dass eventuell ab Januar kein Gemeindemarketing in der Gemeinde Südlohn sei, könne sich die Fraktion nicht vorstellen. Sie betont, dass dies ein schlechtes Bild über die Gemeindegrenzen hinaus auf die Gemeinde abgebe. Die Gemeinde Südlohn wäre in punkto Tourismus immer Vorreiter und andere Kommunen hätten die Gemeinde Südlohn als Vorbild genommen. Weiter bringt die **CDU-Fraktion** zum Ausdruck, dass Aussagen des Gewerbevereins und der Werbegemeinschaft benötigt werden mit der Bekanntgabe von Zielen und Schwerpunkten. Eine Zusammenarbeit zwischen den Gewerbetreibenden und der Politik sei erforderlich. Der **BM** möchte diesbezüglich mit dem Gewerbeverein Oeding und der Werbegemeinschaft Südlohn Kontakt aufnehmen.

Das Gemeindemarketing müsse zum 01.01. nächsten Jahres bestehen bleiben, alles andere wäre katastrophal, so die **CDU-Fraktion**.

Der **BM** erklärt zu den Ausführungen, dass auch im Jahr 2015 in jedem Fall Marketing und Tourismus für die Gemeinde betrieben werden, je nach den Inhalten der insoweit vom Rat zu treffenden Beschlüsse. Die Verwaltung könnte sich vorstellen, auch aus Gründen der Kostenstrukturen, das Marketing und den Tourismus wieder in der Gemeindeverwaltung anzusiedeln, was auch der Vorgehensweise anderer Kommunen entspricht.

Die **SPD-Fraktion** schließt sich der Meinung der CDU-Fraktion an und sie wünscht die weitere Beratung in der Sondersitzung am 24.09.2014. Anschließend gestellte Fragen zu den schriftlichen Ausführungen seitens der **SPD-Fraktion** werden vom **BM** sowie **Herrn Oing** und **Frau Wehr** beantwortet.

In diesem Zusammenhang wünscht die **SPD-Fraktion** eine Aufstellung der Leistungen der Gemeinde für das Jugendwerk e.V. und für die Musikschule e.V..

Antwort der Verwaltung:

Leistungen der Gemeinde an den Musikschulverein werden von dem Musikschulverein bezahlt. Leistungen der Gemeinde an das Jugendwerk sind mit ca. 15 TEUR – 17 TEUR zu bewerten.

Der **BM** führt hinsichtlich der Finanzierungszusagen betreffend den SOMIT e.V., aber auch hinsichtlich der weiteren Vereinsförderung aus, dass haushaltsrechtlich immer Jahresplanungen erfolgen und auch umgesetzt werden. Den vom Rat unterstützten Vereinen wurde noch nie zur Unzeit die Förderung entzogen. Es handelt sich um Vertrauenstatbestände. Im Falle vom Rat vorgesehener Änderungen werden die Vereine entsprechend frühzeitig angehört, um Lösungen zu finden. Ebenso ist dies betreffend den SOMIT e.V. geschehen. Von Gründung des SOMIT e.V. an hat der Rat jährlich und bei Bedarf mit erhöhten Förderungszusagen den Verein unterstützt. Auch hat der Rat bereits für die (befristete) Umstrukturierungsphase Zusagen getätigt. Allerdings sind Fördermaßnahmen insbesondere vor dem Hintergrund des Umfangs der geförderten Leistungen und der Finanzierbarkeit regelmäßig zu überprüfen.

Die **UWG-Fraktion** schließt sich auch der Meinung der **CDU-Fraktion** an. Sie betont, dass Gespräche diesbezüglich schon gelaufen seien und Beschlüsse am 24.09.2014 gefasst werden müssen. Eine Aufgabe des SOMIT e.V. sei für die **UWG-Fraktion** unvorstellbar.

Herr Oing betont, dass seit März 2013 hierüber im Rat und auch im Arbeitskreis beraten wurde und die Zielsetzung im Laufe der Zeit aus den Augen verloren worden sei. Weiter erklärt **Frau Wehr**, dass nach ihrer Meinung Halbwahrheiten dazu geführt haben, dass die Werbegemeinschaften sich so verhalten. Aus ihrer Sicht ist ein Signal vom Rat erforderlich, dass es mit dem SOMIT e.V. weitergeht.

Die **CDU-Fraktion** wünscht, zeitnah Gespräche mit dem Gewerbeverein und der Werbegemeinschaft durchzuführen. Finanzielle Bindungen sollen haushaltstechnisch schon jetzt festgelegt werden, da alle anderen Vereine auch Vertrauensschutz genießen, wie z.B. die Musikschule und das Jugendwerk.

In der anberaumten Sondersitzung des Rates soll hierüber erneut beraten und beschlossen werden.

Die **UWG-Fraktion** verlangt, dass dann entscheidungsrelevante Grundlagen des Gewerbevereins und der Werbegemeinschaft vorhanden sein sollten.

Zum Schluss weisen **Frau Wehr** und **Herr Oing** darauf hin, dass die Türe vom SOMIT e.V. jederzeit für Gespräche offensteht.

Der **BM** bedankt sich bei ihnen.

Es wird Einvernehmen dahingehend festgestellt, dass in der Sondersitzung des Rates am 24.09.2014 der Umstrukturierungsprozess erneut beraten wird und gegebenenfalls Beschlüsse gefasst werden sollen.

Beschluss: **Kenntnisnahme**

TOP 12.: Resolution der Euregio zu den Maut-Plänen des Bundesverkehrsministeriums

Sitzungsvorlage-Nr.: 112/2014

(RM Herr van de Sand war während der Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.)

Der **BM** teilt mit, dass die Euregio ein Handeln in dieser Frage für erforderlich gehalten hat. Die Resolution gegen die Mautpläne der deutschen Bundesregierung wurde unterzeichnet.

Sie **SPD-Fraktion** schließt sich der Resolution an. Im Grenzgebiet würde durch die Einführung der Maut ein Großteil der Lebensqualität verloren gehen und die Menschen auseinandergebracht werden.

Auch die **UWG-Fraktion** und die **CDU-Fraktion** schließen sich der Resolution inhaltlich voll an.

RM Herr Brüning sprach sich für die Einführung der Maut auf Bundes-, Fernstraßen und Autobahnen aus.

Beschluss: **21 Ja-Stimmen**
1 Nein-Stimme

Der Gemeinderat beschließt folgende Resolution:



Resolution zu den Maut-Plänen des Bundesverkehrsministeriums

Deutsch-Niederländischen Alltag im Grenzraum fördern – neue Grenzen vermeiden

Die EUREGIO, der älteste europäische Kommunalverbund mit seine Menschen und Unternehmen ist Teil eines lebendigen deutsch-niederländischen Grenzraums. Europa ist hier Alltag: Besuch bei Familie und Freunden, Einkaufen, Arbeiten, Freizeit gestalten auf der jeweils anderen Seite der Grenze gehören für viele zum täglichen Leben. Seit Öffnung der europäischen Binnengrenzen – unterstützt durch die Arbeit der Euregios – hat die europäische Idee im EUREGIO-Gebiet nachhaltige Erfolge bei der Beschäftigungsentwicklung und bei der wachsenden Internationalisierung der Wirtschaft erzielt.

Die Unterzeichner dieser Resolution mussten nun am 7. Juli 2014 verwundert zur Kenntnis nehmen, dass die Maut-Pläne des Bundesverkehrsministeriums der Bundesrepublik Deutschland für alle Straßen, also auch für Bundes-, Landes- und Kommunalstraßen gelten sollen. Der tagtäglich tausendfach stattfindende „kleine Grenzverkehr“ ist hiervon erheblich betroffen. Handel, Gastronomie, Freizeit- und Veranstaltungsunternehmen mit niederländischer Kundschaft würden bei einer entsprechenden Umsetzung der Maut-Pläne spürbare Umsatzeinbußen erleiden – mit entsprechenden Folgen für die Betriebe und die dort Beschäftigten.

Die negativen Folgen im Tourismus treffen dabei nicht nur die deutsche Seite. Auch Restaurants, Übernachtungsstätten, Freizeiteinrichtungen und Einzelhandel im niederländischen Grenzgebiet werden unter der Maut leiden. Denn das Motto „ein Urlaub – zwei Länder“, das Besucher aus den Niederlanden und dem europäischen Ausland in die Gebiete Achterhoek, Twente und Vechtetal zieht, gilt dann nur noch mit Einschränkungen.

Eine Antwort auf Einsparzwänge und Demografischen Wandel ist im Grenzgebiet mehr denn je die Zusammenarbeit von deutschen und niederländischen Krankenhäusern und Bildungseinrichtungen. Diese Zusammenarbeit wird durch die Maut ebenso erschwert, wie die grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung.

Eine Umsetzung der jüngst bekannt gewordenen Maut-Pläne gefährdet damit Arbeitsplätze im grenznahen EUREGIO-Gebiet und belastet indirekt auch die öffentlichen Haushalte. Die Unterzeichner fordern das Bundesverkehrsministerium auf, bei der konkreten Ausgestaltung der Maut-Pläne die Interessenslage der Menschen und der Wirtschaft in den deutsch-niederländischen Grenzregionen zu berücksichtigen. Konkret erwarten die Unterzeichner, dass die Regelungen zur PKW-Maut zu keinen Zusatzbelastungen für die Region und ihre Menschen führen.

Enschede / Gronau, 21. August 2014

Unterzeichner der Resolution sind die Teilnehmer des Treffens „Maut im EUREGIO-Gebiet“ von Kommunen vom 21. August 2014:

TOP 13.: Mitteilungen und Anfragen

13.1.: Sondersitzung Rat am 24.09.2014

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

(RM Herr Engbers und RM Herr van de Sand sind während dieser Mitteilung nicht im Sitzungssaal anwesend.)

Aufgrund aktueller Themen findet am 24.09.2014 wird eine Sondersitzung des Rates anberaumt. Anschließend findet die geplante Bau-, Planungs- und Umweltausschusssitzung statt.

Beschluss: -/-

13.2.: Sitzung Kultur- und Sportausschuss 10.09.2014

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

Der **BM** teilt mit, dass die aufgrund fehlender Themen die für den 10.09.2014 angedachte Sitzung des Kultur- und Sportausschusses abgesetzt wird.

RM Herr Frieling regt an, die Sitzung nicht ausfallen zu lassen, sondern zu verschieben, da einige Tagesordnungspunkte wie z.B. „Gemeindesportverband „oder „Regionale 2016“ zu beraten bzw. beschließen wären.

RM Frau Seidensticker-Beining schließt sich der Meinung der **CDU-Fraktion** an und schlägt weitere Themen wie z.B. „Planung Weihnachtsmarkt“ für die nächste Sitzung vor.

Sie als Vorsitzende des Kultur- und Sportausschusses ist dankbar, wenn hierzu Anregungen aus den Fraktionen kämen.

Beschluss: -/-

13.3.: Radwegelückenschluss Richtung Vreden

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

RM Herr Kahmen erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand und hebt hervor, das zurzeit noch Gefahrenpotential vorhanden sei.

Von der Verwaltung wird mitgeteilt, dass der Grunderwerb abgeschlossen ist. Die Detailplanung des Landesbetriebes Straßen NRW sei fast abgeschlossen und mit Stand vom heutigen Datum werden Haushaltsmittel für 2015 voraussichtlich bereitgestellt, so dass der Radweg 2015 gebaut werden kann.

Beschluss: -/-

13.4.: Baumschnitte am Uferweg

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

RM Herr Brüning äußert seinen Missmut über herumliegende Baumschnitte am Uferweg und am Fußballplatz in Südlohn. Der **BM** erwidert, dass eine begrenzte Anzahl von Mitarbeitern zur Verfügung stünde und durch die Witterungsverhältnisse bekanntlich ein hohes Arbeitsaufkommen entstanden ist und bittet um Verständnis.

Der **BM** wünscht, zukünftig Anfragen möglichst auf dem kurzen Dienstwege auch außerhalb einer Sitzung mit der Verwaltung zu klären.

Beschluss: -/-

13.5.: Riga-Komitee

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

(RM Herr Bergup ist während dieser Mitteilung nicht im Sitzungssaal anwesend.)

RM Frau Penno fragt nach dem Stand und wünscht bei einer Mitgliedschaft eine Gedenktafel.

Antwort Verwaltung:
Der Beitritt ist mittlerweile erfolgt.

Beschluss: -/-

13.6.: Leitung Tipi

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

(RM Herr Bergup ist während dieser Mitteilung nicht im Sitzungssaal anwesend.)

Frau **RM Bone-Hedwig** erkundigt sich nach der neuen Personalsituation bei der Schulsozialarbeit an der Roncalli-Hauptschule. Der **BM** gibt bekannt, dass die vorgenommene Besetzung zum Schuljahresbeginn ausdrücklich von der Elternvertretung und der Schulleitung befürwortet wurde.

Auf Nachfrage wird mitgeteilt, dass grundsätzlich der Einsatz des Personals dem Direktionsrecht des jeweiligen Arbeitgebers unterliegt.

Beschluss: -/-

13.7.: LKW-Waschung "Auf dem Rott"

Sitzungsvorlage-Nr.: -/-

RM Herr van de Sand erkundigt sich nach dem Sachstand.

Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

Beschluss:

-/-

Christian Vedder
Bürgermeister

Eva Mensing
Schriftführerin